

Auswahrs
Kernahme-Bureau
In Posen
außer in der Expedition
bei Krakow (C. H. Ulrich & Co.)
Breitewinkel 14:
in Gnesen
bei Herrn Dr. Spindler,
Werk- u. Friedr. G. S. C.
in Göttingen zwischen den Polstädten des hessischen
in Frankfurt a. M.
G. L. Daube & Co.

Posener Zeitung.

Siebenundsechziger Jahrgang.

Nr. 782.

Das Abonnement ist auf diese täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierzehn Schillings für die Stadt
Posen 15 Schillings für ganz Preussen 1 Jahr 241 Schillings
Bestellung zu richten an Posthalter des hessischen
Reichs.

Sonnabend, 7. November
(Erscheint täglich drei Mal.)

Verkaufsstellen
in Berlin Handels
Wien München 12 Schillings
Hamburg 10 Schillings
in Berlin, Dresden
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg
Wien u. Salzburg
Dresden 8 Schillings
in Berlin
A. Holzmeier, Salzgitter
in Breslau Emil Klemm.

1874.

Amtliches.

Berlin, 6. November. Der König hat dem Kreisger. Sekretär und Kanzler-Direktor, Kammer-Rath Stryk zu Schönlanke, Kreis Tarnowitz, dem Bürgermeister Raas zu Schubin den R. Adl.-Oed. 4. Kl. verliehen, den Kreisrichter Dr. Jahr zu Mersburg zum Reg. Rath ernannt.

Der Lehrer Högelund, bisher an der städt. Schule zu Apenrade, ist als erster Lehrer an der Präparanden-Anstalt zu Apenrade berufen, die Lehrer Jessen zu Flenshnrq., Gronwald zu Grünendeich, Holm zu Apenrade und der Navigationschul-Aspirant Krause zu Danzig, letzter unter Beilegung des Titels Navigationslehrer, sind zu Navigationschullehrern ernannt worden.

Telegraphische Nachrichten.

Heidelberg, 6. November. Dem Vernehmen nach hat Dr. Kirchhoff, ordentlicher Professor der Physik an der hiesigen Universität, den ihm von der Universität Berlin gewordenen Ruf angenommen. Sein Abgang von hier würde am Schlüsse des eben begonnenen Semesters erfolgen.

Wien, 6. November. Die „Neue freie Presse“ veröffentlicht den Wortlaut der Depesche, welche der türkische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Karifi Pascha, unter den 23. Oktober in Gewiederung auf die Kolonialverklärung der nordischen Mächte, betreffend den Abschluss selbständiger Handelsverträge mit den Donaufürstenthümern an die türkischen Botschafter in Berlin, Petersburg und Wien gerichtet hat. Die Depesche betont, daß die Pforte stets sich bereitwillig gezeigt habe, den Wünschen der befriedeten Mächte entgegenzukommen. Dieselbe würde auch nicht verfehlten, sich der vorgeschlagenen Lösung der schwedenden Frage anzuschließen, wenn diese nicht über das Ziel, welches sie erreichen solle, weit hinausgehe. Die Pforte nehme die Erklärung der Mächte, daß sie an den Banden zwischen den Fürstenthümern und dem souveränen Hofe nicht rütteln wollen, mit Genugtuung entgegen, sei aber doch gezwungen, die Frage zu stellen, ob ein neuer Schlag gegen den pariser Friedensvertrag nicht dieselben Wirkungen wie die früheren haben werde, und ob nicht ein Tag kommen werde, an welchem der menschliche Wille ohnmächtig sein werde, die Strömung aufzuhalten, welche man durch eine Reihe von Vertragsverlegungen entfesselt habe. Nachdem die Pforte Gründe habe, von dem Rechtspunkt abzusehen und eine weitere Diskussion zu vermeiden, habe die Angelegenheit für sie nur noch eine Seite, und zwar handle es sich dabei um eine vorläufige Aufgabe der französischen Regierungen bei dem souveränen Hofe, welcher Vorschlag jeder gesetzlichen Verhandlung den Weg freilasse. Die Pforte sei der Ansicht, daß die Erreichung des Ziels, welches die Großmächte im Auge hätten, vollkommen möglich sei, ohne den Boden der Verträge zu verlassen. Die Haltung der Pforte in dieser Sache sei nicht durch die Formfrage, sondern durch höhere Rücksichten bedingt.

Wien, 6. November. Der Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses hat eine Resolution angenommen, in welcher die Regierung aufgefordert wird, noch im Laufe der gegenwärtigen Session eine Vorlage wegen Heraushebung des Zeitungstempels auf die Hälfte des seitherigen Betrages einzubringen. Der Antrag, auch betreffs des Kalenderstempels eine gleiche Ermäßigung in Aussicht zu nehmen, wurde abgelehnt.

Rom, 6. November. Die Regierung glaubt in dem Parlament auf eine Majorität von 80 bis 100 Stimmen rechnen zu können.

London, 6. November. Die Grubenarbeiter Lord Penrhyn's haben sich bereit erklärt, ihre Arbeit unter den von den Arbeitgebern gestellten Bedingungen wieder aufzunehmen.

Die Morgenblätter enthalten Meldungen aus Montevideo vom 4. d. Nach denselben ankerte das Geschwader der Insurgenten vor Buenos-Aires. Ein neuer Zusammenstoß der Insurgenten mit den Regierungstruppen war noch nicht erfolgt. Der Insurgentenführer „Montevideo“, welcher in den Gewässern von Uruguay vor Ankunft gezogen war, ist von der Regierung von Uruguay mit Beschlag belebt.

Demnächst steht hier die Bildung einer altkatholischen Kongregation zu erwarten. Die einleitenden Schritte zur Konstituirung derselben sind bereits erfolgt. Das zu Grunde gelegte Glaubensbekenntnis soll dasselbe sein, auf welchem die ersten ökumenischen Konzilien standen, d. h. der Glaube an ein ungeliebtes Christenthum.

Gestern Abend empfing der Erzbischof Manning eine Anzahl katholischer Würdenträger der römischen Kirche und besprach mit ihnen das Projekt eines demnächst hier zusammengetretenen internationalen katholischen Kongresses. Der Erzbischof bemerkte, daß er seit wenigen Stunden in Erfahrung gebracht habe, daß die katholische Welt durch einen Streit bedroht werden solle, welcher sich über alle Beschlüsse des vatikanischen Konzils verbreiten würde. Auf der Tagesordnung des Kongresses steht die Aufrechterhaltung der Infallibilität des Papstes, die Anerkennung seines Rechtes auf die weltliche und geistliche Macht. Werner soll eine Erklärung abgeben werden, daß es die Pflicht aller Christen sei, ihr Obedientz des Papstes zurückzukehren. Die Direktiven für diesen Kongress sollen unmittelbar vom Vatikan her erlassen sein, und werden hervorragende Persönlichkeiten des römischen Clerus dem Meeting bewohnen.

Bukarest, 6. November. Das amtliche Blatt veröffentlicht ein königliches Dekret, durch welches die Kammermaren auf den 27. d. M. zur ordentlichen Session einberufen werden.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 6 November.

— Die mit Spannung erwartete Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag war zahlreich besucht, auch der Zuschauerraum stark besetzt. Wir teilen daraus die Verhandlungen über die beiden bereits mitgeteilten Anträge Stachmann u. Genossen und Weber mit:

Der Antrag des Stadtverordneten Stachmann und Genossen: Den Magistrat um Auskunft zu erfragen, in welchem Stadium sich die Angelegenheit einer „Provinz Berlin“ befindet und welche Schritte der Magistrat gethan hat, um den Geist der Selbstverwaltung und die finanziellen Interessen der Stadtgemeinde hierbei zu wahren, wird mit einem Zusatz des Referenten Stadtverordneten Horwitz angenommen, die Auskunft des Magistrats schenkt einzufordern. In der Diskussion gab der Oberbürgermeister eine längere Erklärung ab, Inhalts deren das Projekt der Gründung der „Provinz Berlin“ zur Zeit noch keine feste Gestalt habe. Sollte es wirklich zu einer Loslösung der Stadt von der Provinz Brandenburg kommen, dann würde selbstverständlich Berlin mit den Nachbar-Gemeinden zu einem Verband vereinigt werden müssen, der jedoch die Selbstverwaltung der Stadt Berlin in keiner Weise tangiert und sich nur mit der Bevölkerung solcher Aufgaben zu befassen hat, die Berlin allein nicht vollführen kann, beispielsweise der Schutz der öffentlichen Wasserläufe gegen Verunreinigung u. s. w. In diesem Sinne sei auch der Gesetzentwurf im Ministerium des Innern concipirt, an dessen Abschaffung er (der Oberbürgermeister) sich ebenfalls beteiligt habe. Das aber könnte schon heute versichert werden, daß von keiner Seite daran gedacht werde, dem Polizeipräsidium eine Stellung in der „Provinz Berlin“ zu geben, welche dem Geiste der Städteordnung verderblich sein könnte. Man solle doch nicht immer das Gehirn des Panterrots der Selbstverwaltung an die Wand malen; hüte sich die Versammlung vor Zersplitterung im Innern, so werde es Niemand wagen, an der Selbstverwaltung zu tüfteln. (Bravo)

Eine sehr lebhafte Debatte rief der Antrag des Stadtv. Weber her vor: Die Stadtverordneten-Versammlung wolle aus ihrem Mitte eine Deputation mit dem Antrage niedersezieren: zu prüfen, ob Fraktionsbildungen der bezeichneten Art mit dem Geiste kommunaler Selbstverwaltung vereinbar und den Interessen der Stadt förderlich sind. Der Referent Stadtv. Gneist erinnerte an die früheren Streitigkeiten über dieselbe Frage, welche schon einmal der Regierung zu Potsdam zur Entscheidung vorlag, von dieser aber als über ihre Kompetenz gehend zurückgewiesen wurde. Nothwendig seien die Fraktionen gewiß nicht, denn die wünschenswerthen Informationen könnten den Mitgliedern viel gründlicher durch die bestehenden Verwaltungsdeputationen gegeben werden, und in der That hätten sich alle bisher bestandenen Fraktionen bald wieder aufgelöst. Er glaube, es entspreche den Intentionen des Antragstellers am besten, wenn hier die Vor- und Nachtheile der Fraktionsbildung im kollegialischen Kreise leidenschaftlos besprochen werden. — Der Antragsteller Stadtv. Weber weist in längrem Vortrage die Schädlichkeit der Fraktionsbildung nach. Die Mitglieder, welche sich derselben nicht anschließen, würden gewünscht, ebenfalls zu einer Fraktion zusammenzutreten, die Abstimmungen verzögert, weil die Minoritäten in Folge der bindenden Beschlüsse der Fraktion nicht mehr zu übersehen sind. Wenn die Fraktion wirklich dahin kommen werde, die Majorität in allen Dingen zu haben, wenn der Magistrat und der lebendige Steuererheber von ihren Prinzipien erfüllt sei, dann werde sie sich selber tot gemacht haben.

Stadtverordneter Stort wünscht das Urtheil über das Wirken der Fraktion der Bürgerschaft zu überlassen, die allein competent und nicht so gewisslos sei. Lente in die Versammlungen hineinzuwählen, welche nicht bloß nach ihrem Gewissen urtheilen. Stadtv. Romstädter. Durch den Antrag werden die ehrenwertesten Männer dieser Versammlung zweitweise noch im Grabe gekämpft (Oho). Sie werden mich durch Ihre Zwischenreden nicht veranlassen, anders zu reden, wie ich denke. Vor 15 Jahren bestand schon der „Berg“, einer der jüngsten Erfreier gegen die Fraktion, der Kollege Bötel, war Mitglied derselben. (Heiterkeit.) Die Fraktion fiel ihrer Charakterchwäche wegen zusammen, einzelne Überbleibsel derselben haben die Erfahrungen sich zu nutze gemacht und die Fraktion neu aufgerichtet. Man macht uns mit Unrecht zum Vorwurf, daß wir gegen unsern verehrten Vorsteher agitieren, aber vor 15 Jahren war es ebenso der Fall. Als wir höchstens 25 Mann stark waren, da waren wir recht gut zur Anfenerung; jetzt fürchten man uns, weil wir mehr Boden in der Bürgerschaft gewonnen haben wie Sie. Wie hatten damals die Parole der Wiederwahl Kochann's auf unsere Fahne geschrieben und wurden von Ihnen angefeindet. Als Seitens des Berges die Frier des Geburtstages Sr. Majestät von unserer Seite beantragt war, wählt man allem parlamentarischen Gebrauch entgegen nicht einmal den Antragsteller in das Comite, ja man sagt uns sogar, wenn einer von uns ins Comite eintrete, würden die Anderen ausscheiden. Bei Kochann's 70. Geburtstage erhielten wir die zweite Ohrfeige; das Circular wurde und trotz des Verprechens nicht vorgelegt. Man will jetzt hier die Fraktion verurtheilen, denn weiter will ja der Antrag nichts; nun ja, es fehlt bloß noch, daß unter dem Rathausthurm ein Burgverließ eingerichtet wird, in welches die ganze Fraktion eingesperrt wird. Sie sagen, wir treiben Politik; nein, Sie thun es, und glauben Sie mir, von unserer Seite würde niemals der Antrag eingebracht sein, Sr. Majestät dem Kaiser nicht zum Geburtstag zu gratulieren. Ich bitte Sie, reden Sie nur eben so von der Leber herunter wie ich, aelebte Reden wie mancher Andere kann ich Ihnen nicht halten. (Bravo und Heiterkeit.)

Stadtv. Stachmann. Der Antrag kennzeichnet sich als ein sehr unbedachtes Versehen, die Mitglieder der Fraktion zu verdächtigen, der ganz energisch zurückgewiesen werden musk. Thatsache sei, daß die Fraktion ihre Mitglieder stets sehr schnell informirt, während früher Mitglieder der Versammlung oft sechs Jahre lang hier saßen, ohne zu wissen, was um sie her vorgeht, wenn sie nicht das Glück hatten, in die Geldbenützungsdéputation zu kommen. Stadtv. Dr. Neumann: Wenn man die drei Vorredner (Romstädter, Meyer, Dr. Stachmann) angehört hat, so fragt man sich, warum denn die Versammlung nicht in eine Partei der Ehrlichen und

Zweige 2. Okt. die tatsächliche Sache über dem Raum, Kellern verdeckt hängt haben, und an die Expedition zu richten und werden für die am folgenden Tage beginnenden 5 Uhr aufgetrennte Minuten bis 5 Uhr Nachmittag angemessen.

Ausländern und in eine Partei der Unehrlichen getheilt wird, denn die Vertheidiger der Fraktion haben für ihre Gegner nichts weiter als die größten persönlichen Verdächtigungen. Das ist doch keine Diskussion. Wir sind gefragt worden, warum wir mit unseren Bevölkerungen nicht früher hervorgetreten sind? Es nun, bis jetzt war noch nichts Bestimmtes über die Fraktion des „Berges“, oder über die „demokratische Fraktion“ bekannt geworden, bis vor etwa 14 Tagen ein Wahlauszug der „Fraktion der Linken“ erschien, welchem gegenüber wir eine Art thatsächlicher Berichtigung eintreten lassen müssen. Sie vindizieren sich in dem Aufrufe eine Anzahl von Bediensten, die Ihnen tatsächlich nicht zufallen (Stadtv. Stachmann) und sehen dadurch den anderen Theil der Versammlung in der Achtung der Bürgerschaft herab. Was Sie in dem Aufruf Ihr Verdienst bei der Steuerherabsetzung nennen, ist die Frucht langjähriger Forderungen der ganzen Versammlung. Die Steuerreform wurde von Ihnen angeregt, ja, aber die ganze Versammlung hat in Gemeinschaft mit dem Magistrat an dem Resultat gearbeitet. Der Kollege Seidel ist mit seiner Steuerverweigerung viel weiter gegangen als Sie, und wenn Kollege Löwe als Referent ganz besonders warm für diese Sache eintrete konnte, so war dies nur möglich, weil wir ihm in der Deputation gehörten vorgearbeitet hatten. Wie Sie die Reform des konfessionellen Schulwesens als Ihr Werk hinstellen, so thun Sie es wohl deshalb, weil der Antrag von dem Kollegen Göschken ausging, der nicht zum „Berg“ gehört. (Gelächter. Stadtv. Stachmann: Das ist thatsächlich unwahr!) Als Ihr Werk stellen Sie es hin, daß die Übernahme verschiedener Zweige der Polizeiverwaltung auf die Stadt im Fluß sich befindet, allein die Sache befindet sich seit 1870 schon im Gange und die jetzt mit der Sache betraute Kommission ist speziell auf den Antrag des Vorstehers Kochann niedergelegt. Und wie kommen Sie dazu, den von mir ursprünglich ausgehenden Antrag wegen Reform der Kommunalwahlbezirke sich zum Verdienst anzurechnen? Diese thatsächlichen Berichtigungen mußte ich Ihnen angehören lassen. Ich will Ihnen gar nicht verwerben, eine Fraktion zu bilden, aber ein Unrecht gegen die Bürgerschaft ist es, daß Sie Ihr Statut noch nicht veröffentlicht haben, daß Sie mit Ihren allgemeinen Grundsätzen so geheim halten. Dr. Romstädter hat von früheren Zeiten in der Versammlung gesprochen. Nun ja, als wir in die Versammlung eintraten, die damals noch unterschied zwischen solchen Mitgliedern, die würdig, und anderen, die nicht würdig waren, das Amtzeichen zu tragen, da wurden wir als Zuglinge angesehen, auch ziemlich grob so genannt, und wenn wir bei jeglichem Manet an Vorlagen einmal einen der älteren Herren dazu brachten, uns über eine Sache aufzuklären, dann war das für uns ein Feiertag. Auf diese Weise entstand die viel berufene „Theerbutte“ (Vereinigung in der Theerbusch'schen Ressource), welche nach hartem, ehrlichen Kampfe die Offenheit der Sitzungen, den Druck der Vorlagen und des „Komunalblattes“ durchsetzte. Herr Romstädter, als Sprecher der sehr royalistischen demokratischen Fraktion, hat uns den Vorwurf der Illoyalität gemacht; er hat sich wohl nicht klar gemacht, daß wir zu gedachte Beschlüsse nur durch den Umstand gebracht wurden, daß der König die Annahme einer Deputation der Stadtverordneten-Versammlung ablehnte. Ich habe an diese persönlichen Dinge anknüpfen müssen, weil Sie sachliche Dinge bis jetzt nicht vorbrachten. (Stadtverordneter Stachmann: Kommt noch.)

Löwe verteidigt den seitens seiner Fraktion publizierten Rechenschaftsbericht, den er bei der vorgelesenen Zeit leider nicht mehr Wort für Wort durchzugehen in der Lage sei, dessen Richtigkeit jedoch über jeden Zweifel sich stellt. Redner empfiehlt den Geäthern, offen und frei herauszutreten und sich nicht hinter so salbungsvoll eingekleidete Anträge zu verstecken, wie der vorliegende des Stadtv. Dr. Weber. Unter großer Unruhe der erregten Versammlung verteidigt Stadtverordneter Dr. Horwitz den von ihm gestellten Antrag des Überganges zur Tagesordnung, und zwar in Erwähnung, daß durch die stattgehabte Debatte der wesentliche Zweck des Weber'schen Antrages, die Klärung des Sachverhalts, erreicht sei. Nachdem der Schluss der Debatte angenommen worden, erklärt der Antragsteller sich materiell für völlig befreit durch die eingehende Diskussion, die sein Antrag in der heutigen Sitzung erfahren habe. Der Referent Dr. Gneist faßt das Resultat der ganzen Verhandlung dahin zusammen, daß das Gemeindewohl durch ein derartiges Verteilen schwerlich gefördert werden dürfte; wie die Bürgerschaft darüber denkt, werde in spätestens zwei Jahren bei den Wahlen für die Versammlung sich zeigen.

— Am 4. Novbr. fand in Potsdam die Feier des 150jährigen Bestehens des Militär-Waisenhauses statt. Als die Böblinge bei Tafel saßen, sprach der Kaiser, welcher mit den Prinzen dem Fest zuwohnte, Folgendes: „Kinder, ich rufe Euch zu, eingedient zu sein dieser Stunde und daß der Staat für Euch und Eure Zukunft sorgt und daß das Fundament von Allem Religion ist und die Abhängigkeit an König und Vaterland.“ Dem General v. Randow, dem Direktor der Anstalt, die Hand reichend, schloß der oberste Kriegsherr mit den Worten: „Dafür werden Sie Sorgen und Alle, die nach Ihnen kommen. Bei dieser feierlichen Gelegenheit wurden mit dem Kronen-Orden zweiter Klasse mit den Sternen der Generalmajor v. Randow, mit dem Roten Adler-Orden vierten Klasse die Lehrer Kohlhardt und Barnack und der Sekretär, Kalkulator Damm, mit dem Allgemeinen Ehrenzeichen der Portier Joen von Sr. Majestät dekorirt.

— Über den Prozeß des Grafen Arnim bringt die „Staatsbürger-Zeitung“ folgende beachtenswerthe Notiz:

„Es durftet noch einige Wochen dauern, ehe zu der gerichtlichen Verhandlung gegen den Grafen Arnim geschritten werden kann. Ob die Verhandlungen öffentlich oder geheim sein werden, ist bis jetzt noch nicht entschieden. Der Umstand jedoch, daß unter den Schriftstücken, um welche es sich handelt, solche sich befinden, deren Offenheit vom Auswärtigen Amt beansprucht werden könnte, spricht für die Wahrscheinlichkeit der Nichtöffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen.“

An diese vielleicht offiziöse Bemerkung knüpft die „Schles. Z.“ den gewiß allgemein getheilten Wunsch, die Verhandlungen möchten „gerade im Interesse der Regierung“ öffentlich sein, damit das öffentliche Gewissen und das allgemeine Rechtsbewußtsein beruhigt werden und eine nothwendige Genugthung erhalten kann. Das Blatt schreibt:

„Es heißt in Art. 18 des Ges. vom 3. Mai 1852, daß die Offenheit ausgeschlossen werden sollte, wenn sie der Ordnung oder den guten Sitten Gefahr drohe. Daß im Prozeß Arnim nichts den guten Sitten widersprechendes ans Licht kommen wird, das dürfte wohl von Niemanden bezweifelt werden, denn es handelt sich mit Nichten um ein Vergehen, das irgendwie die Sittlichkeit verletzt. Was die Gefahr für die öffentliche Ordnung anlangt, so kann freilich wohl eine solche sch

in dem Umstände gefunden werden, daß angeblich die in Riede stehenden Schriftstücke im Interesse des Staates und seines „friedlichen und wohlwollenden“ Verhältnisses zu anderen Staaten die Geheimhaltung bedingen, obwohl das Wort „Ordnung“ im Art. 18 gemeinhin nur als Gegensatz zur Unordnung und Störung der Verhandlung durch zweifelhafte Elemente im Zuhörerraum aufgefaßt wird . . . Es scheint es durchaus erforderlich, gewisse Schriftstücke der öffentlichen Bekanntmachung zu entziehen, dann möge man wenigstens von der Berechtigung der nur teilweise Ausschließung der Offenheitlichkeit Gebrauch machen, welche der genannte Art. 18 ausdrücklich gestattet.

Darüber hat natürlich der Gerichtshof zu entscheiden. Bis jetzt ist es übrigens noch gar nicht entschieden, ob es zu einem Kriminalprozeß kommen wird. Diese Eventualität findet eine Erörterung in der „N. Stett. B.“, welche das Gutachten eines nationalliberalen Abgeordneten, der „Jahre lang als Kriminalrichter thätig gewesen ist“, bringt. Derselbe läßt sich wie folgt aus:

Es könnte leicht geschehen, daß in Ermangelung krimineller Momente eine Anklage gegen Arnim gar nicht erhoben wird. Mit Bestimmtheit läßt sich hierüber nicht urtheilen, denn Niemand, außer dem Untersuchungsrichter, kennt das gewonnene Material, und das kann wider Erwarten sehr belastend sein, es ist aber auch ebenso möglich, daß mit dem vorhandenen Material der Richter rein nichts anzufangen weiß, die Erhebung einer Anklage mithin unterbleibt. Diese letztere Eventualität muß festgehalten werden auf Grund aller derjenigen tatsächlichen Wirkungen, mit denen das Publikum bisher überhäuft wurde: sie enthalten so gut wie nichts, woraus sich die Nothwendigkeit eines strafrechtlichen Verfahrens deduziren ließe. Vorläufig tappen wir im Dunkeln, und Alles dreht sich in ewigem Circulanz, sowie die Kas' um ihren eigenen Schwarz". Nebrig bleibt nur die Frage: welche von den zurückbehaltenen, nicht „untergeschlagenen“ Schriftstücken sind amtlich, und welche sind privaten Charakters? Es wundert mich, daß nicht von vornherein das auswärtige Amt angewiesen wurde, dem Kriminalgericht seine Registraturordnung vorzulegen; auf Grund dieser Ordnung war dann das Weiteres zu verlassen, nicht zunächst die Verhaftung, welche immer ein Verbrechen, sogar ein schweres Verbrechen voraussetzt. Zur Verhaftung war es noch immer Zeit, allein sie durfte ohne die größte Noth nicht defretiert werden, und die größte Noth wird präzisiell vom Obertribunal in Abrede gestellt. Es bleibt, wie die Dinge liegen, noch heute eine offene Frage, ob ein strafrechtliches Verfahren möglich sein wird.

Die Centrumsfraktion hat in einer ihrer jüngsten Versammlungen einen Antrag in Verhandlung geogen der auf die Trennung der Kirche vom Staat nach amerikanischem Muster abzielt. Zu einer legislatorischen Aufgabe für den Deutschen Reichstag dürfte sich dieser Antrag kaum eignen, wenn die Ultramontanen nicht etwa beanspruchen, bei einer leicht herbeizuführenden Gelegenheit eine grundgesetzliche Resolution in diesem Sinne zu stellen. Es wird angenommen, daß jener Antrag zunächst darauf berechnet ist, ein kirchenpolitisches Tournier herbeizuführen, welches selbstverständlich mit der Niederlage der Klerikalen enden muß, aber zufolge ihrer Berechnung nach Außen seine agitatorische Wirkung nicht verfehlten dürfte. Für den preußischen Landtag würde dann der Antrag auf Trennung der Kirche vom Staat in besonderer Form eingebrochen werden. — Der Vorsitzende der Centrumsfraktion, Abgeordneter v. Frankenstein, welcher an Stelle des erkrankten Abg. Savigny fungirt, nimmt selbstverständlich nicht den Rang eines Führers der Fraktion ein. Als solche stehen Dr. Windhorst und v. Schorlemer-Alst im Vordergrunde. Gegenwärtig heißt es, daß der Abg. Dr. Lieber, welcher die Annahme des Schriftführers ablehnte, der Dritte im Bunde sein wolle, um in der Führung der Fraktion den verstorbenen v. Mallinckrodt zu ersetzen. — Die „Post“ empfiehlt, die zur Beschränktheit des Reichstages nothwendige Zahl von 199 Mitgliedern wesentlich herabzusetzen. — Die „Volks-Ztg.“ meint, die Bewilligung von Dänen sei das beste Mittel gegen Bevölkerungsfähigkeit.

Die hiesige Ober-Postdirektion richtet jetzt, einer Mitteilung der „Post-Ztg.“ zufolge, in dem Postgebäude der Spandauer Straße die Niederlage eines besonderen Post-Konsum-Vereins nach Schulze-Delitzsch'schen Prinzipien ein, und es soll diese neue Einrichtung namentlich den Post-Unterbeamten zu Gute kommen. Vermuthlich wird dieses Unternehmen auch in anderen Ober-Postdirektionen bestärkt Anerkennung und Nachahmung finden, nachdem eine darüber sprechende Veröffentlichung ergangen sein wird.

Das neue Quartal hat nicht allein dem „Onkel Spener“, sondern auch noch einem anderen altbegründeten Berliner Presseorgan das Leben geschenkt. Der „Publizist“, ein Blatt das namentlich in den fünfzig Jahren einen bedeutenden Aufschwung nahm und zu gelehrten Berliner Zeitungen gerechnet werden konnte, das später aber successive seine Abonnenten wieder schwanden, so und endlich von seinem Besitzer aus einem Tageblatt in ein Wochenblatt umgewandelt wurde, hat mit dem Beginn des Vierteljahres sein Erscheinen eingestellt. Demselben Gedächtnis ist der Ueletz von Herrn Gottschick redigirte „Weise-Onkel“, Organ des Vereins deutscher Handlungsbütreiter unterlegen. Die Ursache seines Hingangs war gleichfalls „allgemeine Entrüstung.“

Das „Justiz-Ministerial-Blatt“ meldet: Dem Ob.-Trib.-Rath Dr. Mollard ist der l. Kr.-D. II. Kl. mit dem Abzeichen für 50jährige Dienstzeit verliehen. Dem Kreisger. Rath Bieba in Bandenburg ist der l. Adl.-D. III. Kl. mit der Schleife und dem Abzeichen für 50jährige Dienstzeit verliehen. Dem Kreisger. Rath Proßel zu Kreuzburg in Oberschl. ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Justizdienste mit Pension vom 1. Dezember d. J. ab bewilligt. Berichtet wird: der Kreisger. Rath Heine in Rawitsch als Dirigent an die Ger.-Dep. in Gostyn und die Kreisrichter: Preibis in Gostyn an das Kolleg. des Kreisger. in Kamisch, Starke in Märk-Tiefeland an das Kreisger. in Striegau, die Amtsrichter: Hölscher in Neuenhaus an das Amtsger. in Harburg, Dieterich in Gronau an das Amtsger. in Marburg und Köhler in Cierfeld an das Amtsger. in Ziegenhain. Der Kreisrichter Dr. Jahr in Mersburg ist in Folge seiner Ernennung zum Reg.-Rath aus dem Justizdienste geschieden. Die bei dem Kreisger. in Bützow erledigte Richter bez. Abt. Dritt-Stelle wird nicht wieder befest. Zu Kreisrichtern sind ern. di Ger.-Ass.: Weimer b. d. Kreisger. in Zielenz, b. Monz b. d. Kreisger. in Oppeln, mit der Funktion als Ger. Kommiss zu Karlshub, b. Janowitzky bei dem Kreisger. in Schönlanke, mit der Funktion als Ger. Kommiss. in Czarnikau, Schmiedeberg und Rademacher bei dem Kreisger. in Dortmund, Klinzel bei dem Kreisger. in Amsberg mit der Funktion als Gerichts-Kommiss. in Bawle und Dr. Gardepe bei dem Kreisger. in Sangerhausen, mit der Funktion als Ger. Kommiss. in Heringen. Der Rechtsanwalt und Notar, Justizrat Kroll in Thorn ist gestorben. Dem Rechtsanwalt und Notar, Justizrat Grul in Magdeburg, ist die nachgeführte Entlassung aus dem Justizdienste ertheilt. — Zu Auffass sind ernannt: die Ref. v. Janowsky im Bez. des Appell.-Ger. zu Frankfurt a. O., Paulsen im Bez. des Appell.-Ger. zu Kiel, b. Windler u. Dehner im Bez. des Appell.-Ger. zu Kassel, Bumberg im Bez. des Appell.-Ger. zu Münster, Specht im Bez. des Appell.-Ger. zu Bromberg, Dr. Jenisch, b. Gersdorff, Emil Moritz Rudolph Hoffmann im Bez. des Appell.-Ger. zu Breslau und Hader im Bez. des Appell.-Ger. zu Dörfelburg.

Schleswig, 4. Nov. Der hiesige Pastor Biese veröffentlicht in der neuesten Nummer des von ihm herausgegebenen „Schleswig-holsteinischen Kirchen- und Schulblattes“ eine Erklärung über seine Stellung zu den vom l. Konistorium erlassenen Instruktionen, betreffend das Verfahren bei kirchlichen Trauungen. Er stellt sich dadurch in den entschiedenen Gegensatz zu der kirchlichen Behörde, ja kündigt der sel-

ben geradezu den Gehorsam. Er erkennt nämlich zwar die „bürgerliche Gültigkeit jeder durch Bivilate geschlossenen Ehe“ an, beansprucht aber den kirchlichen Trauakt „behufs der für das Gebiet des kirchlichen Lebens gültigen Eheschließung“ und erklärt daher:

„Nach dem Maß der Erkenntniß, das mir gegeben ist, und nach meinem besten Wissen kann ich, und zwar in den allerwichtigsten Punkten, die Übereinstimmung der Instruktion des Konistoriums mit den betreffenden alten und neuen Normen und Gesetzen, mit Schrift und Bekanntniß, mit der schleswig-holsteinischen Kirchenordnung und dem Gesetz vom 9. März d. J. nicht erkennen, und sehe ich mich daher gedrungen, zu erklären, daß, weil ich in den im Vorstehenden bezeichneten Punkten gewissenshalber die Instruktion des Konistoriums nicht befolgen kann, ich dasselbe ersucht habe, mir zu gestalten, daß ich in dieser Beziehung bis weiter ein gesetzliches Verfahren nach freiem Ermessen beobachten dürfe. Es ist höchste Zeit, unter Recht auf einer schleunigst zu berufenden, mit gezeigender Macht ausgerüstet. Eine Novelle mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln geltend zu machen, damit die Gefahr des geflohenen Zustandes unserer Kirche aufhöre und aller Gesetzwidrigkeit gewehrt werden könne.“

Die „Flensb. N. B.“ bemerkt dazu: Eine solche Opposition gegen ihre durchaus gesetzmäßigen korrekten Anordnungen kann und darf sich eine k. Behörde unter keinen Umständen gefallen lassen, um so weniger, da Pastor Biese sich nicht gescheut hat, dieselbe sofort an die Offenlichkeit zu bringen.

Gulda, 4. November. Der hiesige Rechtsanwalt Arnold war bekanntlich wegen Unterzeichnung des in den „Hess. Blättern“ veröffentlichten Aufrufs vom 20. September 1873 zu Gunsten der renitenten niederhessischen Pastore, vom Anwaltschrengericht freigesprochen worden. In weiterer Instanz ist denselben nun wegen dieser Unterzeichnung die Strafe der Verwarnung zuerkannt und diese u. A. wie folgt motivirt worden:

„Kann es dem Rechtsanwalt vermöge seiner Eigenschaft als Staatsbürger auch nicht verschränkt werden, eine Partei in im öffentlichen Leben einzunehmen, so findet die Art der Ausübung dieses staatsbürglerischen Rechts doch ihre nothwendige Begrenzung in den Disziplinarvorschriften für das amtliche Verhalten des Rechtsanwalts. Gegen diese verfügt die in dem Musterstück des Aufrufs liegende öffentliche Verhetzung an einer Privat-Agitation und ostensibler Demonstration als Auferachslösung der Rücksichten, die die Stellung als Staatsdienner dem Angeklagten auferlegt.“

Hildesheim, 4. Nov. Der hiesige Bischof Wilhelm weigert sich beharrlich, die seit mehr denn Jahresfrist erledigte Pfarrstelle in Goslar zu besetzen, desgleichen eine andere in der Gemeinde Seulingen. Wegen ersterer sollte er neuerdings bis zum 15. d. 200 Thlr. Strafe bezahlen, oder der Exkommunikation gewürdig sein. Er entschloß sich für den letzteren Weg. Früher war er dem Gericht halbwegs entgegengekommen und hatte die fälligen Strafen in wohlgezählten Geldsätzen für den Geistvoigt bereit gehalten. Diesmal hatte er das Beispiel seines Kollegen Bischof Martin von Paderborn nachgeahmt. Als der Exekutor das Sämmchen beitreten wollte, ergab sich, daß derselbe in dem Sekretär, wozu ihm der Bischof den Schlüssel überreichte, nichts weiter vondand, als 2 Siegeshalter und ein Schriftstück, in welchem der Bischof sein Mobiliar seiner Schwester vermachte hatte. Es klingt ziemlich malitius, wenn man hört, der Bischof habe dem Exekutor bezüglich der mit dem Lorbeer geschmückten Säule des Kaisers die gräßlichen Siegeshalter den Wunsch ausgesprochen, dieselben behalten zu dürfen, da er ein so großer persönlicher Verehrer des Kaisers sei. Gegen diesen loyalen Wunsch war nichts einzuwenden. Von dem Mobiliar muß aber einiges doch nicht der Schwester verschrieben worden sein, denn ein neuerer Bericht besagt: „Am letzten Sonnabend ist der Exekutor wieder in der Wohnung des Bischofs gewesen und hat Beschlag gelegt auf 2 Sophas, 2 Sessel und 2 Leuchter, die am 14. d. Vi. im Wege der Zwangsvollstreckung verlaufen werden sollen.“

Strasburg, 5. November. Das „Els. Journ.“ erbringt in einem „Unsere Reichstag-Abg. ordneten“ überschriebenen Artikel den Umstand, daß die Abgeordneten des Reichslandes sich bisher noch nicht im Reichstage eingefunden haben, und schreibt ziemlich bitter:

Der Abgeordnete des Kolmarer Wahlbezirkes, Herr Pfarrer Söhnen von Neu-Breisach, erklärt das Gericht von seiner Abreise nach Berlin als unbegründet. „Ich siehe rubig dahinein“, sagt er, „und ich denke gar nicht daran, abzureisen.“ Der Herr Pfarrer hat recht, diese gegen ihn, wie gegen seine sämtlichen ultramontanen Kollegen erhobene Verleumdung zu rügen. Hatte man doch das Gericht verheiitet, daß diese Herren ihre Sitze im Reichstage einzunehmen und — was noch ärger war! — daß sie sich an den Verhandlungen desselben häßlich betheiligen würden. . . . Man muß jedoch eingestehen, daß die Sache sich verwirkt und verwirrt. Unsere liberalen Abgeordneten bleiben aus „verschiedenen“ Gründen daheim; die klerikale und Deputierten dagegen, sagen die katholischen Blätter und heißt es in gut unterrichteten Kreisen, die werden nach Berlin gehen. Aber siehe da, der Herr Pfarrer Söhnen „bleibt rubig zu Hause“; Sr. Hochwürden der Bischof des Loges will (trotz der Ankündigung der „Germania“) seinen bishöflichen Palast in Meß auch nicht verlassen, und der hochwürdige Bischof von Straßburg werden eine so lange und beschwerliche Reise nicht wohl unternehmen und dem rauren Klima Berlins Trotz bieten können. Werden die anderen auf etwa 10 zusammengeschmolzenen Abgeordneten in den Reichstag geben? Werden einige elsässisch-lothringische Wahlbezirke einen Vertreter und Fürsprecher haben, wenn man das Budget unseres Landes und die es betreffenden neuen Gesetze erörtern wird, während in anderen die Deputierten „ruhig“ oder lieber Weit daheim bleiben? Diese Frage können wir nicht bestimmt beantworten; aber uns däucht, daß man sich um das Land wenig kümmert, daß man diese doch so ernste Sache zu sehr auf die leichte Achsel nimmt und nach Gaudinien und Laune handelt. Unsere Abgeordneten machen sich auf den Weg, sie protestieren dann protestieren sie gegen den Protest, satteln drauf um und schließen sich dem Protest an; hierauf verlassen die einen das Parlament, die andern bleiben. Nun aber bleiben die einen gemütlich zu Hause sitzen; die anderen wissen nicht, was thun und was nicht thun, und wieder andere geben. Und man sagt, wir hätten eine gleichartige, aus einer und der selben Idee entspinnene, einem und demselben Prinzip gehorrende und von einem und demselben Gedanken bestreite Abgeordnetenschaft! Entschieden, wir haben bei den Wahlen vom verlorenen Februar einen gewaltigen Schlag ausgeführt, und da es einmal ausgemacht ist, daß Europa die Augen forschend auf uns gerichtet hat, muß Europa einen herrlichen Begriff bekommen von unserer tiefen politischen Kenntnis und Weisheit.“

Bern, 3. November. Nach Unterbrechung von nur einigen Tagen ist heute der schweizerische Ständerat in der Bundesstadt wieder zusammengetreten, um das vom Nationalrat bereits berathene Militärgezetz ebenfalls in Behandlung zu nehmen. In den letzten Tagen waren die Offiziere der schweizerischen Arme sehr rührig, um diejenigen vom Nationalrat beschlossenen Bestimmungen, mit welchen sie nicht einverstanden sind, zu berathen, zu formuliren und dem Ständerat zur Berücksichtigung zu empfehlen. Dazu gehört vor Allem die für die Rekrutenschule bestimmte Zeit. Es ist nur eine Stimme unter den Offizieren, daß 45 Tage für Infanterie, 60 für Kavallerie, 55 für Artillerie und 50 für die Genie-Offiziere durchaus ungenügend seien, und daß die Wiederholungskurse bei ungünstiger Rekrutenschule ihren Zweck nicht erreichen werden. Der Nationalrat war

wegen des Finanzpunktes bei der Dauer der Rekrutenschule so engberig. Ob nun der Ständerat weiter gehen wird, wollen wir gewärtigen, bezweifeln es aber sehr. Ein zweiter Punkt betrifft die Schützen. Bei der Infanterie hätten wir nach den Beschlüssen des Nationalrathes eine besondere Abtheilung Schützen. Diese sollten sogenannte „Eliten“ sein. Die große Mehrzahl der Offiziere verlangt Beseitigung der Schützen als besondere Waffengattung und Einverleibung derselben in die Infanterie. Die Schützen selbst betrachten das gewissermaßen als „Degradation“.

Paris, 4. Nov. Nach der „Frankfurter Zeitung“ soll die Begehung der russischen Regierung, auf die Anerkennungen Frankreichs in orientalischen Angelegenheiten einzugehen, ihren Grund in der Abneigung des Zaren gegen die republikanische Staatsform haben. Die „République Française“ will diesen Nachteil nicht auf der Republik legen lassen und schreibt darüber:

„Wenn die Haltung Russlands in den letzten Zeiten zurückhaltender als gewöhnlich erscheinen könnte, so liegt der Grund davon nicht in den Vorurtheilen des Zaren gegen den Namen, welchen die französische Regierung führt, sondern in den Absichten, welche dieser Regierung zugeschrieben werden. Man hat in Petersburg gefürchtet, es möchten in der französischen Politik gewisse Überleitungen wieder auftreten, welche das zweite Kaiserreich dem Regime von 1830 entstehen, und ohne daran zu denken, daß ein neues englisch-französisches Bündnis im Orient einen heutige unmöglichen Krieg herbeiführen könnte, bat man doch selbst Bedenken und gegeben, welche das Cabinet von Versailles sich Mühe gegeben hat, zu zerstreuen, aus denen aber die deutsche Diplomatie eitlen Nutzen gezogen hat.“

Folgt der übliche Schluß, daß Berlin gegen die französische Republik manövriert. Man er sieht aus dem Vorstehenden, daß auch die „République“ von Versuchen der französischen Regierung, die Zurückhaltung Russlands zu überwinden, und von den Bedenken Russlands Kenntniß hat.

Paris, 5. November. Der offiziöse „Moniteur“ bemerkt heut zum Briefe des Herzogs von Broglie betreffend die Arnim'sche Angelegenheit:

„Wir machen nicht den Anspruch, durch Gründe oder Beweise das Wort des Herzogs de Broglie zu unterläugnen, welches genügt um die in Rede stehenden Behauptungen zu widerlegen. Indez können wir hinzufügen, daß ein sehr gut unterrichtetes wiener Blatt über diesen Gegenstand folgende Erklärungen giebt: Beim Herannahen des 21. Mai verbreiteten die radikalsten Blätter und die, welche dem Herrn Thiers ergeben waren, das Gerücht, daß, wenn ihr Patron gesiegt würde, die deutschen Truppen sofort die schon geräumten Departements wieder besetzen würden. Es war der Herzog d'Andiff-et-Basquier — wir sprechen immer nach dem österreichischen Blatt —, welcher den Grafen Arnim, dem er in einer Gesellschaft begegnete, fragte, ob dieses Gerücht begründet sei. Der Botschafter beschrankte sich darauf, an die früheren Erklärungen seiner Regierung zu erinnern, denen zufolge sich Deutschland in keiner Beziehung in die inneren Angelegenheiten Frankreichs mischen werde.“

Die Beeinflussung des „Moniteur“ in diesem Falle durch das Ministerium des Neukern ist wohl unzweifelhaft. Die Notiz würde daher in erster Linie wohl als eine Polemik des Herzogs von Décazes gegen den Herzog von Broglie aufzufassen sein, mit welchem nach dem 24. Mai der Herzog von Audiffret-Pasquier bekanntlich im besten Einvernehmen stand. Der Vorgänger des Ministers des Außenfern hatte in seinem Dementi zur Arnim-Affaire in die Kompetenz der zeitigen Regierung gegriffen und die Suprematie, welche er tatsächlich durch seinen Einfluß bei Mac Mahon hat, auch äußerlich dokumentiert. Das mag Herrn Décazes verdrossen haben und daher die offiziöse Notiz, die übrigens herzlich schlecht erfunden ist, da bei dem Uebergange der Gewalten von Thiers an Mac Mahon nirgends, auch in der französischen Presse, etwas von einem Vorhaben der deutschen Regierung, wie es hier erzählt wird, laut geworden ist.

Aus Rom wird der wiener „Press“ über die Verhältnisse der italienischen Königsfamilie folgendes geschrieben:

„In der Familie des Königs von Italien herrscht, wie man uns von unterrichteter Seite aus Rom mittheilt, eine starke Verstimmung, weil der König Victor Emanuel den Kindern seiner morganatischen Gattin, Gräfin Mirafiori, in materieller Hinsicht auch nicht die mindeste Entbehrung auferlegt, während die beiden Söhne des Königs nicht mehr erhalten, als ihnen, seit sie verheirathet sind, alljährlich bestimmt ist. Kronprinz Humbert besonders glaubt Ursache zu haben, sich über seines Vaters Parteilichkeit beschweren zu können. Es berichtet dies den König sehr unangenehm, weil er die Kinder aus der morganatischen Ehe mit außerordentlicher Zärtlichkeit liebt und sich im Kreise derselben sehr behaglich und wohl fühlt. Dieses Verhältnis des Königs zum Kronprinzen giebt dem italienischen Hof einen ganz eigenartlichen Anstrich, an dem sich so Männer der bei dem Könige von Italien beglaubigten Diplomaten anfangs nicht leicht gewöhnen kann. Hierzu kommt: die in italienischen liberalen Blättern oft beprochenen Abneigung des Königs und des Kronprinzen gegen den Aufenthalt in Rom, sowie die Schen, welche Prinz Amadeo und seine Gemahlin vor der Ewigkeit haben. Wie ich höre, wird der König, so oft er während des Winters nach Rom kommt, sogar nicht einmal innerhalb der Mauern der Stadt wohnen, sondern in einer Villa, die er sich vor der Porta Salara herstellen ließ. Auch Gräfin Rosina wird in einer Villa vor der Porta Via ihr Hoflager aufzuschlagen. Der König wird nur dann ins Quirinal kommen, wenn ihn die Elitette oder wichtige Regierungsgeschäfte dazu veranlassen. Die Herzogin von Genoa, Schwägerin des Königs und Mutter der Kronprinzen, ließ sich, ebenso wie deren Sohn, Prinz Thomas, nie in Rom leben. Der Herzog von Aosta kam im vorigen Jahre zur Kammer-Eröffnung nur auf einige Stunden, der Prinz von Carignano nur zum feierlichen Einzug des Königs am 2. Juli 1871 auf einen Tag nach Rom. Da der König und seine Regierung einmal die Überstadt als Haupt- und Residenzstadt des einheimischen Italiens erklärt, dauern alle, die in der That ein Interesse daran nehmen, die Bauten in Rom sich befestigen zu sehen, diese Erfahrungheit des italienischen Hofes. Wie bedeutend anders würden heute schon sie die hiesigen Zustände gestaltet haben, wenn wenigstens in den sechs bis sieben Monaten, wo das Klima in Rom vorzesslich ist, der ganze Hof sich in Rom aufzuhalten hätte. Hat man einmal Rom zur Haupt- und Residenzstadt erklärt, warum ist man nicht konsequent? Diese Halbwitheit ist nur den Interessen der Dynastie schädlich und zieht den anarchistischen Fraktionen in Italien Stoff, der konstitutionellen Monarchie zu schaden. In einer Stadt wie Rom, wo die Päpste und Kardinäle durch ihre Aufsätze die Augen der Menge blendeten, hätte in vier Jahren das gemeinschaftliche Auftreten des Hofes, durch moderne Eleganz und recht häufiges öffentliches Erscheinen, den priesterlichen Luxus auch den selben gewohnten Römern vergessen machen, und altnäig würden auch die jüngsten der Patrioten-Familien sich dem Hofe genähert haben.“

Eine Anzahl italienischer Notabilitäten hat den Plan gefaßt, sämmtliche Gemeinden des Königreichs aufzufordern, sich an einer Ehrengabe zu betheiligen, welche dem Könige Victor Emanuel überreicht werden soll. Zu diesem Behufe hat sich in Florenz ein aus den angesehensten Männern der Stadt bestehendes Komite gebildet und bereits einen Aufruf an die Municipien der apenninischen Halbinsel erlassen. Die betreffende Ehrengabe soll in einem Gemälde bestehen, welches den Moment darstellt, wo die römische Deputation am 13. Oktober 1871 dem von den Prinzen und Prinzessinnen seines Hauses

sowie den Spiken der Civil- und Militärbehörden umgebenen Könige den Beschluß des römischen Volkes überbringt. Der Maler Enrico Capoccia ist mit Ausführung des Gemäldes betraut worden. Bevor die feierliche Übergabe stattfindet, wird man das Gemälde 20 Tage in Florenz und eben so lange in Rom öffentlich ausstellen. Da mit dieser Ehrengabe die unter der Regierung des Königs Victor Emanuel vollzogene Einigung Italiens gefeiert werden soll, so unterliegt es wohl keinem Zweifel, daß der patriotische Wetteifer der Municipien die Beteiligung an der sinnreichen Huldigung zu einer großartigen Feier gestalten wird.

Parlamentarische Nachrichten.

DRC. Die Zahl der bis heut (6.) Mittag auf dem Bureau des Reichstages angemeldeten Mitglieder belief sich auf 306. Eine Anzahl der Abgeordneten hat die seit gestern bis zum Montag in den Verhandlungen eingetretene Pause zu einer Reise in ihre Heimat benutzt, um dort einige Geschäfte gleichzeitig zu erledigen. Unter den Eingetragenen befinden sich drei Elsaß-Lothringische Abgeordnete und zwar der Abbé Guérber, der Vertreter des Wahlkreises Gebweiler, der Kanonikus Winterer, Vertreter des Wahlkreises Altkirch-Thann und Fr. v. Schauenburg, Vertreter des Landkreises Straßburg. Alle drei Herren haben im Dresdner Hof Quartier genommen. Von den sozialdemokratischen Mitgliedern des Reichstages sind nur die Abgeordneten Hoffmann, Bahlreich, Neimer, Liebknecht und Geiß in den Reichstag eingetreten, es fehlt nur noch der Abgeordnete Motteler und die Fraktion ist vollzählig, da bekanntlich Hasenclever, West und Bebel sich augenblicklich in Straßburg befinden und voraussichtlich vor Verhandlung derselben nicht entlassen werden.

Schahs und Provinziales.

Posen, 7. November.

— Herr Ober-Nachrichtenrat Graaf in Bromberg ist, wie die "Kreuzzeitung," vernimmt, zum Nachfolger des bisherigen Regierungspräsidenten v. Blumenthal in Sigmaringen berufen.

— Das große Los, welches vorgestern auf Nr. 81,473 gezogen worden ist, ist in eine Kollekte zu Glogau i. Schles. gefallen.

r. Ein hiesiger Hausbesitzer hatte im Februar d. J. ein Gesuch um Erteilung des Konzenses zum Bau eines dreistöckigen Hintergebäudes auf seinem Grundstück eingerichtet. Nachdem er nun aufgefordert worden war, andere Bauzeichnungen einzurichten, und dieser Forderung nachgekommen war, ließ er nach dem zweiten Bauprojekte das Gebäude aufzuführen, welches seitdem bereits unter Dach gebracht worden ist und sogar schon "trocken" gewohnt wird. Da der Bau jedoch ohne vorherige Erteilung des Baukonzenzes ausgeführt worden ist, so wurde vom Polizeianwalt Anklage gegen den Hausbesitzer und die ausführenden Techniker erhoben. Demgemäß ist der Hausbesitzer vom Einzelrichter zu 5 Thlr. Geldstrafe event. 3 Tagen Gefängnis, der betreffende Zimmermeister zu 3 Thlr. Strafe event. 2 Tagen Gefängnis verurtheilt worden, während gegen den Maurermüller, der den Bau geleitet, später verhandelt wird. Der Hausbesitzer wartet aber noch immer auf seinen Baulenkens.

Diebstähle. Eine Arbeiterin bot gestern einem Schneider gesellen eine goldene Aukenuhr für 9 Thlr. zum Verkaufe an. Ein herbeigerufener Schuhmann forderte die Verkäuferin auf, sich über den rechtmäßigen Erwerb der Uhr auszuweisen, und da sie dies nicht konnte, so verhaftete er die Arbeiterin. Es gelang jedoch der übrigens bekannten Diebin, mit Zurücklassung der Uhr und eines Körbes zu entwischen. — Einem Schuhmacher auf der Wallstraße wurden in der Nacht vom 5.—6. d. M. auf der Chaussee zwischen Suchylos und Winiary aus einer Seite durch Abreissen des Bodens mehr als 20 Paar Schuhe gestohlen. — Verhaftet wurde wegen Diebstahls an Kleidungsstücken ein Knecht aus Golczewo.

XX Pinne, 5. November. [Feuer]. In jüngster Zeit brannten zu verschiedenen Zeiten in Podgórzynko, 4 Meile von Pinne gelegen, zwei Wirtschaften fast ganz nieder. Die Nachforschungen über die Ursache der Feuer ergaben, daß das Feuer angelegt sein mußte. Am 2. d. M. brach auf einer derselben Wirtschaften daselbst abermals Feuer aus. Durch die angestellten Recherchen des Gendarmen aus Pinne wurde an Ort und Stelle die eifrig hirige Dienstmagd des einen abgebrannten Wirtes als Brandstifterin ermittelt und verhaftet.

Staats- und Volkswirthschaft.

** Wollproduktion. Die trotz ungünstiger Geschäftskonjunktur unausgelegt auf ihrer Höhe sich behauptenden Wollpreise finden wohl darin ihre Begründung, daß trotz des beständig wachsenden Bedarfs der Industrie die Gesamtwollproduktion der Erde seit langen Jahren beinahe die nämliche gehalten ist. Der Wollen-Export von den am meisten in Betracht kommenden außereuropäischen Ländern nach Europa stieg zwar wie folgt:

1868	1869	1870	1871	1872	1873	
Australien	B. 491,200	499,600	549,300	567,000	523,000	552,000
Cap d. guten Hoffnung	141,900	134,300	124,000	127,000	139,000	156,000
Pa. Blata	234,900	237,400	213,100	236,000	230,000	256,800

Wuchs also seit 1868 um 11 Proz., wihin jährlich um 2 Proz. Diese vermehrte Befuhr wird aber mehr als ausgeglichen durch die mit der zunehmenden anderweitigen Benutzung auch des weniger guten Afrika-Landes sich beständig vermindernde Wollproduktion Europa's. Großbritannien bezahlt 1868 33.601.000 Schafe, 1873 nur noch 33.000.000. In Preußen verminderte sich die Zahl der Schafe seit 1867 um 2.750.000. In Frankreich war das Verhältnis ein ähnliches, und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika fiel die Wollproduktion während des gleichen Zeitraums um 10 Proz.

** Liverpool, 6. November. [Baumwollen-Bericht.]

Gegenwärtige Woche.	Vorige Woche.
Woehenumsatz	79,000
desgl. von amerikanischer	31,000
desgl. für Spekulation	2,000
desgl. für Export	9,000
desgl. für wirklichen Konsum	67,000
Wirklicher Export	9,000
Import der Woche	76,000
Borrath	588,000
davon amerikanische	150,000
Schwimmend nach Großbritannien	295,000
davon amerikanische	116,000

Vermischtes.

* Im Palais des Fürsten Radziwill zu Berlin ist man eifrig mit Herstellung des Dachstuhles beschäftigt, den vor einigen Monaten ein Brand zerstört hatte. Über die Ursache des Letzteren ist nichts ermittelt worden. Die lebhaften Restaurationsarbeiten beweisen inzwischen, wie ungegründet das Gerücht ist, wonach Verhandlungen zwischen der Familie Radziwill und dem Fürstentum wegen Erwerbung beim Niederrangung des Palais schwelen, um dasselbe mit dem Hotel des Reichskanzlers zu einem neuen Palais zu verbinden. Es haben derartige Verhandlungen stattgefunden, sie sind aber der "Trib." zufolge an der Höhe der Forderungen der Familie Radziwill gescheitert.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.

Angekommene Fremde vom 7. November.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Rittergutsbesitzer Schön mit Familie aus Tarnowo. Inspektor Kuerb, Lieutenant Froehlich aus Lembno. Fabrikbesitzer Neumann aus Stettin. Fabrikant Mondt aus Mannheim. Major von Gröling aus Glogau. Die Kaufmann a. Stettin, Hermann aus Hannover. Merkel aus Bielefeld, Gerhardt, von Döb aus Paris, Wila aus Charvila, Gottschalk, Friedländer aus Berlin, Schöning aus Bremen.

BUCKOW'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Schulte aus Köln, Brandes aus Bittau, Denkmann aus Hamburg, Richter aus Berlin, Elster aus Berbst, Gäß aus Dresden, Webersdorfer aus Siegmaringen, Recht aus Köln, Schröder aus Berlin, Leusch aus Hamburg. Ingenieur Stüber aus Chemnitz. Fabrikbesitzer Butrer aus Breslau. Oberamtmann Heinze aus Strumiany. Ingenieur Biesler aus Chemnitz. Rittergutsbesitzer Schottländer, Rentier Landau aus Breslau.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute Michelsohn aus Bromberg, Blei aus Triemesno, August Hesse aus Bielefeld. Frau Direktor Meier aus Polen. Arzt Dr. Zimmermann aus Tzemesno. Kastner-Assistent Julius Leopold aus Unterburg. Rittergutsbesitzer Wagner nebst Frau aus Grochowisko. Standesbeamter Schmidt und Frau aus Breslau.

C. SCHARFFENBERG'S HOTEL. Die Kaufleute Dienstag a. Dresden, Jacoby aus Leipzig, Prinz aus Wengrowitz, Gimkiewitz a. Gnesen, Schimmel aus Ebersfeld, Gluth, Cohn aus Berlin, Rumpler aus Breslau. Rittergutsbesitzer Sarrazin und Frau aus Sniestka. Besitzer von Kurowski aus Königsberg. Zimmermeister Schmidt aus Breslau.

GRAETZ HOTEL ZUM DEUTSCHEN HAUSE vorm. KRUG'S. Die Kaufleute Glitz aus Leipzig, Burath aus Breslau. Braureibesitzer Grüner aus Grätz. Frau Sonnenfeld aus Wartha. Fr. Pünfköt aus Silberberg. Inspektor Nordmann aus Sieroslaw. Distrikts-Kommissarius Speich aus Wroclaw. Techniker Meyer aus Breslau.

Gewinn-Liste der 4. Klasse 150. k. preuß. Klassen-Lotterie. Nur die Gewinne über 70 Thlr. sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigegeben.

Berlin, 6. Nov. Bei der heute fortgesetztenziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

30	66	87	(200)	189	216	93	(200)	300	(100)	2	26	61	468	(200)
97	706	(100)	834	931	47	1050	90	94	119	63	288	92	330	67
428	(100)	63	576	85	606	27	31	58	702	15	32	801	(100)	62
930	49	80	(500)	2030	34	38	63	64	79	187	222	359	423	588
40	(200)	93	(100)	781	872	74	82	92	914	3082	92	186	256	367
425	65	77	667	705	42	88	894	(100)	945	93	4006	8	123	76
80	320	29	420	25	(200)	31	51	68	501	(100)	2	73	95	614
712	(200)	48	63	822	(100)	48	937	42	65	74	78	5078	89	146
92	214	327	51	95	487	(200)	98	539	(100)	602	36	(500)	704	33
76	808	17	72	956	92	670	94	144	49	(100)	68	268	69	77
309	13	(100)	57	97	409	79	557	609	(200)	13	720	66	808	931
53	7046	171	233	310	13	28	422	602	(200)	14	26	39	44	73
849	916	75	8114	78	419	(100)	588	681	750	838	94	903	4	23
55	67	79	93	9049	50	56	157	74	212	(1000)	18	(100)	44	48
35	55	419	525	80	627	47	53	59	715	59	831	37	44	69
94	929	67												

10	057	60	90	95	135	202	63	301	(100)	6	(200)	24	(500)	28
69	77	80	402	(200)	17	43	639	59	83	88	744	80	813	77
100	36	298	378	440	59	70	(500)	87	532	601	36	(100)	37	710
98	855	12019	(1000)	85	112	55	25	(5000)	95	243	50	57	84	348
507	(200)	52	70	90	635	93	98	(100)	754	77	84	(100)	843	69
49	13051	80	231	71	300	34	444	69	75	515	73	99	622	37
89	745	(500)	907	35	45	46	14013	(200)	22	92	24	27	31	(200)
300	58	60	70	86	429	74	570	634	738	89	810	78	97	956
500	83	98	106	96	203	45	77	92	(100)	372	(100)	423	37	535
733	41	817	56	74	90	(500)	936	72	100	99	16028	97	100	32
226	51	92	457	651	89	791	861	951	17034	(200)	145	67	11	200
205	72	302	48	(200)	52	501	3	70	619	46	773	(100)	831	45
18010	(100)	47	(100)	125	47	78	84	239	44	78	200	319	70	88
4500	87	(200)	506	11	40	62	65	(200)	836	75	87	914	69	70
19028	41	84	252	93	351	77	100	81	435	38	674	52	30	724
42	73</													

